

Neustart einer Regierung –
gedankliche Schritte
zum Erfolg

Fritz W. Peter, 20.10.05

Vorspann v. 3.11.05

*„Es geht um das Abwägen der Wertigkeit
von Gegenwart und Zukunft.“*

(Anmerk. 15)

Vorbemerkung (v. 3.11.05)

Regierungsbildung: Versuchsanordnung zweiter Teil

Punkte 1 – 4

Stil und Charakter einer neuen Regierung

Punkte 5 – 6

Der rote Partner – im kritischen Rückblick

Punkte 7 – 8

Grün-alternativ – bürgerlich-alternativ

Punkte 9 – 10

Agenda: Reformzwang – Realismus

Punkte 11 – 13

Agenda plus: Vision – Praxis

Anmerkungen

Regierungsbildung: Versuchsanordnung zweiter Teil

Das Ausland reibt sich die Augen, nun schon seit Jahren, wenn es auf Deutschland schaut – und es nicht wieder erkennt! Gut und fair war der Kommentar von Österreichs „Kurier“, der nicht nur die *Politik* des großen Nachbarn ins Visier nimmt, sondern auch den dahinter stehenden Wähler. *„Die beiden großen Volksparteien kommen mit dem Umbruch, den die neue Zeit erzwingt, so schlecht zurecht wie ihre Wähler. Globalisierung und Überalterung bedrohen den Wohlstand – und da hört die Gemütlichkeit auf bei den Deutschen.“*

Auf einer vorsichtig optimistischen Note schließt ein Kommentar der Neuen Zürcher Zeitung: *„...wenn nur schon Leichtsinn, ideologische Starrheit und narzistische Selbstverliebtheit aus dem Verhalten der Koalitionspartner entfernt werden könnten, wäre viel erreicht. Mag sein, dass die involvierten Akteure nach den Vorkommnissen der letzten zwei Tage zu der Einsicht kommen, dies sei anzustreben. Deutschland wäre das zu wünschen.“* (v. 3.11.05)

Wer mit „Leichtsinn“ und „Starrheit“ gemeint ist, lässt sich denken und wird vorher deutlich gemacht: *„Was immer die Linken in ihrem Wolkenkuckucksheim wollen – bloß härteren, ‚sozialeren‘ Kurs gegenüber der Union oder schlicht lustvollen Untergang –, sie haben der deutschen Politik einen Bärenienst erwiesen. Es wird in der Gesellschaft kaum noch jemanden geben, der ihnen dies nicht als Egoismus und Verantwortungslosigkeit nachtragen wird.“**) Aus dem „Bärenienst“ scheint ein Geschenk an unser Land geworden zu sein, indem sich die Linke in der SPD selbst demontiert hat, wenn auch sicher nur vorübergehend! Denn ohne eine rote Heidi u. eine rote Andrea, aber mit einem Matthias Platzeck, der durch realsozialistische Erfahrung der Unreife einer linken Wolkenkuckucksheim-Neigung entwachsen ist und sich auch unter der SPD-Käseglocke resistent zeigen könnte, wird es im internen politischen Entscheidungsprozess nicht schwerer werden, sondern leichter – sowie mittelfristig aussichtsreicher.

*) NZZ-Kommentar *„Scherben und Schienenbeitritte“*, 3.11.05

Die Union kann nicht ohne Mitwirken einer handlungsfähigen SPD die notwendigen Umsteuerungen in der Politik herbeiführen. Diese Handlungsfähigkeit galt es zu **zerstören** – das war die tiefer liegende Rationale der SPD-internen **Machtprobe vom Montag dieser Woche**. „Nur um Frau Nahles als Generalsekretärin zu etablieren, wäre (die Parteilinke) das Risiko eines Putsches gegen den Vorsitzenden nicht eingegangen. Vielmehr ist es ihr Ernst damit, die SPD langfristig in andere Bahnen zu lenken, sie wieder als Linkspartei zu profilieren“,*) **mithin reform-un-fähig zu machen, wie man zusammenfassen kann.**

Ein Großteil dieser Partei kommt eben nicht aus der Käseglocke heraus – dies gilt innen- wie außenpolitisch. Wenn G. Schröder den Vorgang um Nahles zutreffend und postwendend so kennzeichnete, dass hier „*der Ehrgeiz einzelner vor der Verantwortung für das Ganze*“ rangierte, so beschrieb er damit auch sein eigenes Jungstar-Verhalten etwa in der „Nachrüstungsdebatte“ Anfang der achtziger Jahre gegenüber Kanzler Helmut Schmidt – um nur ein Beispiel zu nennen. Geblendet durch ideologische Vorannahmen, fehlt der Blick für die *Notwendigkeiten*, ob sie nun angenehm sind oder nicht, ob nun *reformpolitisch* – im heutigen – oder *realpolitisch* im damaligen globalen Kontext. **Man blendet kurzerhand die überwältigende Realität aus und definiert Politik aus der „Froschperspektive“ des kontextlos Wünschbaren.**

Oft verfängt dies bei den Wählern – Schröder selbst hat ein weiteres Beispiel dafür im zurückliegenden Wahlkampf gegeben! Aber dieses Politikprofil könnte – unter neuer Führung – möglicherweise nun partiell überwunden werden. Die Unterhändler der Großen Koalition arbeiten derzeit ernsthaft an einem Paket zum Einstieg in die Lösung hausgemachter deutscher Probleme. Als großes Fragezeichen verbleibt „nur“ noch der SPD-Parteitag. Wieder droht ein linker Bremseffekt!

Es geht hier aber nicht darum, den Moment zu kommentieren, und auch nicht um den abermaligen Gebrauch des Worts *Verantwortung*, sondern das Einfordern von *Veränderung*, die z.T. auch strukturelle Aspekte haben muss.

*) FAZ-Leitartikel: „*Richtungskampf*“ v. Stefan Dietrich, 1.11.05

Dieser Tage ist mit dem „*Standort-Check 2/2005*“ der Bertelsmann-Stiftung einmal mehr auf den politischen Handlungsbedarf drastisch hingewiesen worden. Im *Standort-Ranking* schwenkt die Bundesrepublik weiter als letztes der 21 hier verglichenen Industrieländer die rote Laterne, mit vielfältigen negativen Auswirkungen für den einzelnen Bürger. In einem ebenfalls ermittelten „*Aktivitätsindex*“ der Bertelsmann-Studie, der politische Maßnahmen widerspiegelt, befindet sich Deutschland ebenso im letzten Drittel, obwohl dort nicht ganz an unterster Stelle sowie mit einem minimalen Aufwärtstrend. Kann uns das beruhigen?

In der Sendung „*Hart aber fair*“ erklärten die eingeladenen Vertreter der Großen Koalition, Peter Hintze und Dieter Wiefelspütz, beiderseits mit Entschiedenheit, dass die Koalitionsgespräche *zum Erfolg* gebracht werden! Hintze, auf die Frage, was das Geheimnis der großen außenpolitischen Erfolge Helmut Kohls gewesen sei, hob hervor, dass es der *sichere innere Kompass und feste Überzeugungen* waren, die Kohl auszeichneten und ihn bei wichtigen Anliegen nicht schwankend werden ließen – auch wenn zum Beispiel die in seiner Amtszeit erreichten historischen Ziele, deutsche Einigung und europäische Währungsunion, bei Regierungsbeginn kaum mehr als bloße Utopien waren.*)

Die Verhandlungsführer der angestrebten Koalition, Frau Merkel und Noch-SPD-Parteichef Franz Müntefering sowie der voraussichtliche Nachfolger M. Platzeck, zeigen sich gewillt, einen guten Verhandlungsabschluss zu erreichen und sind von Überzeugungen geleitet. Die Große Koalition hat durch die Bündelung von Macht und den investierten Willen beider Seiten keine schlechten Voraussetzungen, um auch dem zu stellenden Anspruch auf *konzeptionelle* Arbeit in den bevorstehenden Jahren gerecht zu werden. Nicht nur das *Machbare*, auch das *Denkbare* wird zur Sprache kommen müssen. Von selbst und *ohne geistige Steuerung* werden die Probleme kaum zu meistern sein.

*) Ich erlaube mir, hier auf zwei eigene Texte hinzuweisen, die sich mit Führungsanforderungen befassen: „*Klammheimliche Rückkehr der Ratio in die Politik*“ (24.7.05), <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=57>; „*In der Krise etabliert sich neue Autorität*“ (28.9.05), <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=63>

Am Schluss dieses Einführungsteils möchte ich mit einem anschaulichen Beispiel vor Augen führen, **dass auch sehr strittige Themen neu überdacht werden müssen**, worauf z.B. folgende FAZ-online-Leserumfrage hinweist, überschrieben: „*Atom-
ausstieg verzögern?*“ Die Frage an die Leser war wie folgt gestellt:

In der SPD haben Berichte Aufregung verursacht, bei den Koalitionsverhandlungen könnte eine längere Laufzeit für Kernkraftwerke vereinbart werden. Es hieß, in einer Arbeitsgruppe sei darüber verhandelt worden, die Laufzeit um acht Jahre zu verlängern. Die Union hatte diese Position im Wahlkampf vertreten. Mehrere SPD-Abgeordnete versicherten nun, das komme für die Partei nicht in Betracht. Was denken Sie?

Do. 27.10.05, ca.12:00h, ca. 2.400 Stimmen	Do. 3.11.05, ca.13:00h, ca. 4.400 Stimmen
Finger weg vom Atomkompromiss:	
18,9%	18,3%
Acht weitere Jahre wären in Ordnung:	
19,1%	18,1%
Der ganze Ausstieg gehört abgeschafft:	
48,7%	51,9%
Im Gegenteil: AKWs sofort abschalten:	
13,3%	11,7%

Es kann also festgestellt werden, dass die AKW-Befürwortung jenseits einer Zwei-Drittel-Mehrheit liegt, mit leichtem Trend nach oben während dieses Wochenzeitraums (von ca. 68% auf 70%, wenn man nur die mittleren beiden Gruppen addiert; es könnte und müsste jedoch wahrscheinlich auch aus der ersteren Gruppe ein hier nicht näher bestimmbarer Teil hinzugerechnet werden.)

Die Energiepolitik wird aufgrund der Preisentwicklung automatisch ein gewichtiges Thema während der kommenden Jahre werden. Die Frage nach dem Energiemix wird sich dann neu stellen – von den Koalitionspartnern kann insofern auch zugewartet werden. Vgl. hierzu auch die Anmerkungen unter Pkt. 8 im folgenden Text.

Bei folgenden Ausführungen ist zu berücksichtigen, dass sie Mitte Oktober verfasst wurden und sich einige situative Aspekte seither weiter entwickelt haben.

Neustart einer Regierung – gedankliche Schritte zum Erfolg

1. Das Land wird sich nun an einen *Politikstil* gewöhnen müssen, der auch in einem Oberseminar Anwendung finden könnte. Jeder Standpunkt wird künftig nach allen Seiten ausgeleuchtet werden (dafür sorgen die rivalisierenden Partner-Parteien) und jedes Begehren einer der beiden Partner oder eines der Ministerien wird im Kabinett von dem jeweils zuständigen Mitglied „wie eine Thesis“ schlüssig und überzeugend begründet und verteidigt werden müssen. Nichts wird man einfach nur durchwinken können – darüber wachen eifrig und gemeinschaftlich die *Kollegen*, denn es bildet sich als Regierungsmannschaft nun offenbar ein „*Kollegialorgan*“. (1)

2. Die *Richtlinienkompetenz* wird nicht untergehen, aber eher als Faktor unter vielen wirken, denn entschieden wird nicht aufgrund überlegener Macht, sondern in einer Struktur, bei der zwangsläufig sowohl der fachliche Diskurs ausgeschöpft werden muss wie der politische und in dem beide Diskurse miteinander ausbalanciert sein wollen. Diejenige Argumentation, die sich *taktisch und begrifflich schlüssig* präsentiert, wird folglich meist das bessere Ende haben. Der komplexe Vorgang bevorteilt denjenigen im Team, der differenziert – aber auch strafft, komplex denkt – aber auch Wege zur Reduktion der Komplexität weist. Sogar der SPIEGEL orakelt schon: „*Vielleicht ist Merkel die ideale Besetzung für eine Große Koalition.*“ **Man beginnt zu erkennen, dass es unter der Voraussetzung einer *Machtbalance* auf eine *kommunikative Balance* ankommt.** (2)

3. Wenn der *Richtlinienkompetenz* jetzt „zuleibe gerückt“ wird, ist dies zwar einerseits eine Herausforderung an die Inhaberin dieser Kompetenz, kann aber auch ein Indiz sein, dass mit gekonnter Moderation der Kanzlerin ohnehin gerechnet wird. Infolge der **„paritätischen Struktur“** muss diese Regierung nach

Art einer *Matrix*-Organisation funktionieren. Übertragen gesprochen, müssen das „funktionale“ und das „objektbezogene“ Management – z.B. Linien- und Produktmanagement – durch vermittelnde Bemühungen stetig zum Ausgleich gebracht werden. Um eine gemeinsame und konsistente Linie zu finden, werden divergierende Auffassungen fachlich und politisch entweder *angenähert* oder – nach Verständigung – *neutralisiert* werden müssen. Die benötigte *kommunikative Kompetenz* wird viele Facetten haben müssen und kann weder idealtypisch einen ‚herrschaftsfreien Diskurs‘ zum Maßstab nehmen, noch sich vorwiegend aus einem materiellen Weisungsrecht herleiten. Die Verständigung und Vermittlung erfordern einen „Mix“ von der Sachbezogenheit bis zum taktischen Geschick, vom Zielbezug zur *Prozessorientierung*. (3)

4. Und es bedarf großer *Geduld*. Nur in mühevoller Abstimmung und in z.T. „ritueller Diskussion“ mit den jeweiligen Flügeln etc. wird in der „Konsensdemokratie“ einer Großen Koalition – die ein wenig auch eine „Konsensdiktatur“ ist – Politik gemacht werden können. „Augenhöhe“ muss nicht nur mit dem Partner, sondern genauso mit den *Sachproblemen* gehalten werden, was gern und oft inmitten des politischen Anspruchsdenkens der Akteure vergessen wird. *Persönlichkeit* wird gefragt sein, jedoch nicht nach Art der Selbstprofilierung im Stil der letzten Kanzlerschaft (od. letzten Vizekanzlerschaft). *Dominanz* wird nicht entbehrlich werden, sollte sich aber „in der Sache“ und nicht nur in den Medien realisieren. Dominanz auszuüben, heißt, den vielstimmigen Prozess möglichst zielführend zu koordinieren, möglichst konstruktiv einzuwirken, Vertrauen in die *Handlungsfähigkeit* wieder herzustellen, die seit längerem verloren gegangen ist. Mit *authentischem* Verhalten wird dies eher erreicht werden als mit einer Kanzler-Show, für die ein großer Teil der Bevölkerung und der Medien sich allerdings sehr empfänglich gezeigt hat. *Authentizität* plus Zielstrebigkeit, Zähigkeit, Problemlösungskompetenz (u. weitere wichtige Qualifikationen für ihr Amt) werden auch die Gegner Frau Merkels ihr immer weniger absprechen können. (4)

5. **Sozialdemokratisches Ellenbogenverhalten**, wie es sich besonders drastisch nach der Bundestagswahl zeigte, wird unter einer Kanzlerin Merkel nun keine Konjunktur mehr haben. Über drei Wochen benötigte eine arrogant handelnde SPD-Führung, um das Wahlergebnis zu akzeptieren. An anderer Stelle, in einer Glosse, habe ich mir erlaubt zu kommentieren: *„Aus dieser Erfahrung sollten wir alle lernen: Es kommt nicht auf ein exakt ausgezähltes Stimmenergebnis an! Vielmehr beruft sich eine Partei zum Souverän, indem sie die Interpretationshoheit über das ausgezählte Ergebnis beansprucht. Falls dies den Preis für den politischen Gegner, der aus der sozialen Kälte kam, hochtreibt, so ist dies gut und legitim, denn der Zweck heiligt die Mittel. Letzteres gilt – wohlgemerkt – dann, wenn Sozialdemokraten, die ja stets aus sich selbst heraus das Soziale verkörpern, die Interpreten sind. Ohne Ironie gesprochen, fällt das Fazit wie folgt aus: Für den Wahlverlierer 2002 war die Achtung der demokratischen Regeln eine Selbstverständlichkeit, für den (deutlicher) Unterlegenen der Wahl 2005 bedeutet Demokratie offenbar vor allem, dass Sozialdemokraten an der Macht zu sein haben. In der deutlichen Erinnerung des Bürgers wird bleiben, dass Sozialdemokraten oder ihre Führung **dann** nicht viel von gewachsenen Regeln der Demokratie halten, wenn Sie einmal nicht direkt profitieren bzw. Ergebnisse demokratischer Prozesse ihrem Machtanspruch zuwiderlaufen.“* (5)
6. **Anmaßung** von Macht ist kein Kavaliersdelikt und als „**Krawalliersdelikt**“ sicher nicht ausreichend bezeichnet. Die Selbstüberhöhung einer Partei in Deutschland, ob nun der NSDAP in den Dreißigern oder der SED seit den Vierzigern, hat ein entsetzliches Kapitel bzw. ein dunkles Kapitel – in dieser Zuordnung – heraufbeschworen. Vor Missbrauch schützt nicht der demokratische Anspruch, sondern das tatsächlich demokratische Verhalten. **Volksdemokratien haben auch hochfliegende Ansprüche, wirkliche Demokratien setzen jedoch eine Teilung der Macht und deren Verteilung voraus: staatliche Gewalten, gesellschaftliche Kräfte, Bürger – als Wähler, Rechtssubjekte,**

Akteure oder Verweigerer. Um nicht bei einer gesellschaftlichen Ordnung zu „landen“, die volksdemokratische Aspekte hat (was in Medien- und Massendemokratien zwar nicht automatisch angelegt, aber im Extremzustand vorstellbar ist), werden *Demokraten* für eine „civil society“, den „contrat social“, eine am Bürger (citoyen) orientierte Gesellschaft eintreten müssen. Ob man dann von einer „bürgerlichen Gesellschaft“ sprechen will, sei hier nicht das Thema, aber in der Zielrichtung wird es keine Kompromisse geben dürfen. Vor Augen führen möchte ich dies auch mit einem Beitrag, betitelt: „*Erich Schröder, Erich Stiegler, Erich M. u.a.*“ (6) Die so Bezeichneten werden sich bezüglich ihrer Maßstäbe besinnen müssen und Hasspredigten à la Stiegler müssen ein Ende finden, nicht nur, weil man jetzt gemeinsam Politik machen will, sondern weil man gemeinsam Bürger einer offenen Gesellschaft ist, die genau dies bleiben soll: eine offene Bürgergesellschaft, diskursiv und handlungsfähig. (6)

7. Wie werden sich die aufgeschlosseneren Vertreter unter den Grünen nun, da sie von jeder Mitgestaltung ausgeschlossen sind, obwohl es in einer dynamischen „Jamaika“-Koalition dazu die Möglichkeit gegeben hätte, fühlen? Ihre altlinke Führungsschicht hat sie (vielleicht auf Dauer) der Chance einer *Mitwirkung* in einer bürgerlich geführten Gestaltungscoalition beraubt. „Wir sind Mitte-links“, erklärt Renate Künast, die neue Fraktionsvorsitzende, mit Nachdruck, und macht im selben Wortbeitrag (7) den „Bürgerlichen“ eben diesen Begriff des Bürgerlichen streitig: „*Ich gestehe der Union nicht zu, dass nur sie das Bürgertum vertritt und die anderen nicht.(...) Ich nehme für mich in Anspruch, dass wir die Grünen in den vergangenen Jahren so aufgestellt(!) haben, dass ein Gutteil des Bürgertums auch Grün wählt. Warum? Weil wir die Themen, die zunehmend auch das Bürgertum berühren – wie etwa Arbeit, Umweltschutz und die Chancen für Kinder – bearbeiten.*“ Nun werden Union und SPD diese Themen bearbeiten, und die Grünen müssen befürchten, dass diese Bearbeitung auch ohne grüne Beteiligung erfolgreich verläuft. Man wird

diese Einsicht in den Reihen der Grünen durch viel Aktivismus zu überspielen versuchen.

8. DIE GRÜNEN: Man wird sie vielleicht bald gar nicht mehr brauchen, ihre Primärthemen werden bei den großen Parteien evtl. bald bestens aufgehoben sein: „Arbeit“ gem. Ressortzuschnitt bei der SPD, „Kinder“ z.B. bei der Union, genauer gesagt, einer hochkompetenten und intellektuellen Frau mit großer eigener Familie, für die „Kinder“ kein Abstraktum sind; „Umweltschutz“ sowohl bei SPD wie Union, wo dieses Thema als grundkonservatives Anliegen auch „hingehört“ – es musste sich nur erst durchsetzen! Energiepolitik, ein weiteres Thema, für das die Grünen Kompetenz reklamieren, wird ohnehin zu einem Mittelpunkt der Politik werden. Grüner Einfluss wird sich in parlamentarischen Fensterreden erschöpfen. Warum? Weil die Grünen unter altlinkem Kommando und entsprechenden Unterführern ihre Truppen am (zerfransenden) linken Rand dieser Republik „aufgestellt“ (Sprachwahl Künast) haben, wo sie nun in der Etappe festsitzen. Die grüne Wählerklientel sieht sich zum großen Teil im bürgerlichen Lager, gibt sich dabei gern auch einer Links-Präferenz hin, aber sähe sich doch gern auch als Teil einer Gestaltungscoalition. Letzteres gilt desto mehr für die links nicht so festgelegten Grünen-Abgeordneten. Sie werden ihre Partei neu positionieren müssen, um mit ihren angestammten Anliegen wieder zum Zug zu kommen. Linke Präferenzen (siehe Künast: „starker Staat“ ...) werden dann allerdings bürgerlichen Vorstellungen weichen müssen (eher würde dann von einem „effektiven“ Staat – „disciplined government“ – gesprochen, der dort, wo es möglich ist, seine Leistungen am „Subsidiaritätsprinzip“ orientiert). – Es wird wohl nicht nötig werden, einen Beitrag zu schreiben, der betitelt ist „Margot Künast“, da Neujustierungen der Grünen mittelfristig wahrscheinlich sind. Zugleich sollte aber bürgerliche Politik sich für grüne Wählerpotentiale thematisch zunehmend öffnen, zumal die Große Koalition nur eine begrenzte Option sein kann. (8)

9. Es liegt bei den beiden Partner-Parteien, aus ihrer Koalition – in deren *begrenzter Lebenszeit* – politisches Kapital zu schlagen. **Entscheidend für den Erfolg wird sein, mit den Realitäten „auf Augenhöhe“ zu sein, d.h. mit den Reformerfordernissen sowie den Grenzen und Möglichkeiten der Koalition.** Von überragender Bedeutung sind dabei die Wirtschaft- und die Finanzpolitik, sowohl bzgl. der Konsolidierungserfordernisse wie der Innovationsleistungen, die auf vielen Feldern erbracht werden müssen, damit die stagnativen Tendenzen dieser Gesellschaft durchbrochen werden. Es genügt nicht, auf das „Anspringen der Konjunktur“ zu hoffen, auf die Erfolge im Export zu verweisen, einzelne Technologieleistungen (z.B. den A380) oder herausgegriffene Statistiken ins Feld zu führen. ***Trotz strukturkonservativen Widerstands in Teilen der Koalition wird auch an Systemreformen gearbeitet werden müssen.*** (9)
10. **Anmerkungen** – u.a. zum arg strapazierten „*Exportweltmeister*“-Thema: Vom deutschen Exportvolumen wird nur ein *Viertel* hier im Land hergestellt. Vor 15 Jahren waren es 15% mehr – damals 40, heute nur ca. 25% Eigenanteil an den exportierten Erzeugnissen! **Noch** verfügen wir über Potenzial. Aber viele Länder entwickeln ihre Potenziale schneller. Wer denkt beim Wort „Pisa“ noch an eine italienische Stadt? Welche *Schlüsselindustrien* haben bei uns noch Perspektive? Welcher Bürger oder Investor glaubt noch an politische Versprechen, die Sozialsysteme strukturell sanieren zu wollen oder die **Guinnessbuch-reife** Überregulierung vieler Lebensbereiche in unserem Land zu überwinden? **Man könnte sagen, wie der Bürokratismus bei uns, so sind z.B. der Zentralismus in Frankreich und der (unter Putin) wiedererrichtete Autoritarismus in Russland Spielarten eines lähmenden Etatismus.** Dahinter steht das Bild einer **zu verwaltenden** Gesellschaft, nicht jedoch das Bild einer **unternehmerischen, dynamischen** Welt – und in Wahrheit auch nicht **dasjenige einer selbstbestimmten** Zivilgesellschaft! Blickt man auf die Wirkung zahlloser Maßnahmen der rotgrünen Regierungszeit, so kann man durchaus von einer Art **De-Industrialisierungshilfe** sprechen. Im Unterschied zum

Morgenthau-Plan, der nie zur Anwendung kam, erzeugte rotgrüne Politik leider tatsächliche Wirkung. CDU/CSU dürfen die Tragweite ihres Regierungshandelns in der neuen Situation nicht aus dem Blick verlieren. (10)

11. Zum Realismus in der politischen Beurteilung muss angesichts der drängenden sowie komplizierten Probleme eine Vision hinzukommen, die als Richtschnur und Klammer für die gemeinsamen Anstrengungen dient und dabei hilft, den inneren Zusammenhang der vielen notwendigen Maßnahmen aufzuzeigen, die mal der einen Seite, mal der anderen Seite „nicht passen“ werden. „Erneuerung“ und „soziale Gerechtigkeit“ sind Formelbestandteile einer solchen Vision: als Elemente einer Regierungsformel taugen sie aber erst, wenn sie nicht nur addiert oder nebeneinander gestellt, sondern miteinander integriert werden. Altkanzler Schmidt gab bissig dem Bonmot Berühmtheit, wenn jemand Visionen habe, solle er zum Arzt gehen. Die Gefahr, so ist zu ergänzen, dass eine „Vision“ nur ein undurchdachter, fruchtloser Gegenentwurf zur realen Welt ist, tritt bevorzugt ein, wenn der gedankliche Ausgangspunkt eine linker ist; dann nämlich wird meist eine sozialistische Utopie aus dem Regal geholt. In der „Mitte“ der Gesellschaft dagegen sind die mentalen Reservationen gegen visionäres Denken oft zu groß! Die Vision einer „Politik der neuen Möglichkeiten“ wird aber nicht gleich den Ruf nach ärztlicher Hilfe auslösen müssen. Pathologien werden – wie zu befürchten ist – eher bei der Abwesenheit einer Vision der Erneuerung auftreten, wie beiden Partnern bewusst sein sollte! (11)

12. Die „Formelbestandteile“ (erwähnt im vorherigen Punkt) „Erneuerung“ und „soziale Gerechtigkeit“ werden von den Regierungspartnern als „zwei Seiten einer Medaille“ verstanden. Das Sichern oder Erreichen „sozialer Gerechtigkeit“ wird aus Sicht der Reformkräfte langfristig nur möglich sein, wenn sich viele Strukturen in dieser Gesellschaft verändern; umgekehrt wird die Bereitschaft zur Veränderung oft nur vorhanden sein, wenn die Standards der sozialen Gerechtigkeit erhalten bleiben und Belastungen aus den Reformen als ge-

recht verteilt erscheinen – so der Umkehrschluss der „sozialpolitischen“ Argumentation in Reaktion auf die „reformpolitische“. Wenn dies nicht nur Entgegnungen sein sollen, die wechselseitig blockierend wirken, wird sich eine integrierende Sichtweise durchsetzen müssen. Als zentrales Instrument zur laufenden Integration der Bemühungen ist ein „Koalitionsausschuss“ vorgesehen, dem die Kanzlerin, der Vizekanzler, die Parteivorsitzenden, die Fraktionsvorsitzenden, der CSU-Landesgruppenvorsitzende in der Unionsfraktion, angehören. Das Gremium ist damit viel kleiner als der Koalitionsausschuss der *rotgrünen* Koalition (dem je acht Vertreter beider Seiten angehörten) und könnte sich von Beginn an als sehr führungsfähige Steuerungsinstanz erweisen. Die Macht- und Organisationsbasis für eine materiell gesehen **z.T. „vergemeinschaftete“ Richtlinienkompetenz** und eine funktionierende Regierungsarbeit ist gelegt. Die inhaltliche Integration der Positionen beider Seiten wird dennoch bei vielen Fragen schwierig bis unmöglich sein, aber das *Instrumentarium*, um durch ein „Geben und Nehmen“ trotzdem zu gemeinsamem Handeln zu finden, ist vorhanden. Wo jedoch *Moderation* Auffassungsdivergenzen letztlich nicht überbrücken kann, da wird *Koordination* den Konfliktpunkt (evtl.) isolieren können. Über die Belastbarkeit und Reichweite des beiderseitigen Engagements wird man vorerst noch wenig sagen können, aber ein *positiver Wille* drückt sich in den bisher gefundenen Regelungen und Personalentscheidungen aus. Auf die *balancierte* Moderation der zentralen Abstimmungsprozesse und – im Resultat – eine inhaltliche sowie taktische Integration durch Frau Merkel in ihrer *Verantwortung* als Chefin der neuen Regierung wird es dabei entscheidend ankommen. Im Auffinden und Aufzeigen einer „richtigen Linie“ wird sich „Richtlinienkompetenz“ dann u.a. konkretisieren. (12)

- 13.** Es wird auch Kontinuität in der Regierungsarbeit geben; andererseits ist aber ein tiefgreifender Wandel in der Ausrichtung der Politik unvermeidlich. Denn der Wechsel steht auch für eine Rückkehr zu mehr Realismus. Selbst

die „Schlussvorstellung“ Schröders und seiner Fraktion u. Partei zeugte noch von Realitätsverlust: sie glaubten allen Ernstes, Schröder als Kanzler durchsetzen zu können, und Schröder selbst hielt es für denkbar, die Union für eine „israelische“ Lösung gewinnen zu können! (13) **Mut zur *Realität* sowie Mut zur *Vision* werden auch im Rahmen pragmatischer Zusammenarbeit in einer Großen Koalition – und vielleicht gerade dort – gefragt sein.** Den Spitzen obliegt es, die Fülle der Aufgaben zu sortieren, die Komplexität zu reduzieren, die Bereiche nach einer Zielansprache verantwortlich arbeiten zu lassen. Je mehr Mitverantwortung den Beteiligten (einschl. der Fraktionsangehörigen) übertragen wird, desto mehr werden sie sich konstruktiv einbringen können statt sich mit bloßer Kritik zu präsentieren. Je klüger das Aufgabenfeld strukturiert ist, je mehr eine Linie erkennbar wird, desto zwingender wird die Mitarbeit. **Wollen Koalitionsführung und Kanzlerin den Prozess *beherrschen*, also nicht nur Getriebene sein und Fleißnoten bekommen wollen, sondern im politischen Spiel gestaltend wirken, umso durchdachter muss dann das Politikangebot formuliert sein, teils in den Grundzügen, teils in konkreten Aussagen. Dem Handeln muss das Konzept vorausgehen, auch das Durchdenken vom Ende her.** Es ist wohltuend, einen Satz wie diesen zu hören – in Beantwortung der Frage eines Journalisten nach dem Zeitpunkt der Personalentscheidungen für die Ministerämter der Union: „*Wenn ich fertig bin mit Denken.*“ (*Angela Merkel*) (Anmerk. 14) Wie in allen Lebensbereichen, muss auch und gerade in der Politik Zeit bleiben, um Dinge zu durchdenken – leider keine Selbstverständlichkeit, wie uns die Politik in den vergangenen Jahren besonders vor Augen geführt hat. Umso berechtigter ist es, diesen Anspruch zu stellen und in geeigneter Weise und in vertretbarem Umfang durchzusetzen. **Die Große Koalition hat durch die Bündelung von Macht nicht einmal schlechte Voraussetzungen, um dem Anspruch auf *konzeptionelle* Arbeit gerecht zu werden und ihn durchzusetzen. Nicht nur das *Machbare*, auch das *Denkbare* muss zur Sprache kommen. Von selbst und *ohne geistige Steuerung* werden die Probleme kaum zu meistern sein.** (15)

Anmerkungen:

(nachfolgend angegebene Schriften schließen mögliche „Lücken“ in der Argumentation)

- (1) Siehe auch Punkt 4 dieses Textes, ferner den Text „*Der Merkel-Faktor*“, in dem das Verhältnis von Systematik und Pragmatik in der Politik erörtert wird. Einige Einzelaussagen dieses Texts vom 27. Juni 2005 sind inzwischen durch die Ereignisse überholt, das Grundthema dürfte aber in Bezug auf die Große Koalition an Aktualität noch hinzugewonnen haben. Web-Adresse des Textes: <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=58>
- (2) Das Zitat ist dem Beitrag v. Severin Weiland: „*Wem vertraut Merkel?*“, in: SPIEGEL-online, 11.10.05, entnommen. „... *die ihr politisch nahe stehen, loben*“, gibt Weiland auch den Nicht-nur-Kritikern Frau Merkels das Wort, „*im Gespräch ihre Fähigkeiten zur Moderation, zum Zusammenbringen auch divergierender Positionen.*“ – In mehreren Texten habe ich versucht, das Profil eines begrifflich angelegten politischen Denkens am Beispiel der Politikerin Merkel aufzuzeigen, in: „*Kanzlerduell und politische Vision*“ (s. <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=54>) auch im Vergleich zu Gerhard Schröder. Die Texte „*Rückkehr der Ratio in die Politik*“ und „*Weg frei für fundierte Politik*“ führen die Gedanken des Texts „*Kanzlerduell...*“ weiter. Web-Adresse: „*Rückkehr...*“ <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=57>; „*Weg frei ...*“ <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=55>
- (3) Die von Frau Merkel gewählte Beschreibung, sie stelle sich einen „kameradschaftlichen Arbeitsstil“ vor, erscheint mir eine passende Bezeichnung. Von einem Westdeutschen hätte diese schlichte, situationsgerechte Bezeichnung, vermute ich, wohl nicht kommen können. Wer um konstruktive Beziehungen und sachbezogene Arbeit bemüht ist und sich den Blick für einen unverregelten Zugang zum Verständnis und zur Lösung von Problemen bewahrt hat, der wird jedoch auch Worte dafür finden! – Zur Frage der Richtlinienkompetenz: Als tref-

send empfand ich die Antwort von Altbundespräsident Roman Herzog auf die Wort-Vorlage: „Edmund Stoiber und Franz Müntefering kündigten an, für Angela Merkel gebe es nur eine eingeschränkte Richtlinienkompetenz.“ Antwort Herzog: *„Da haben sie ohne böse Absicht gesagt, was Sache ist. Die Frage nach der Richtlinienkompetenz wird doch erst aktuell, wenn zwischen Kanzlerin und einem Minister Meinungsverschiedenheiten entstehen. Wenn sich da der Regierungschef auf seine Richtlinienkompetenz zurückziehen muss, hat er schon verloren. Wäre er stark, würde er den betreffenden Minister schlicht in Pension schicken. Das aber kann die Koalition platzen lassen.“* Aus einem Interview, geführt von Peter Müller, in: WELT am SONNTAG, 16.10.05.

- (4) Ergänzend zu den Ausführungen im Text möchte ich auf die Beiträge *„Kanzlerschaft – aber wie?“* und *„In der Krise etabliert sich neue Autorität“* verweisen (abrufbar im Weblog: <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=61> und <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=63>). Im ersteren Text (verf. am 18.9.) diskutiere ich zwei Prinzipien, die ich für die Hauptprinzipien einer künftigen funktionierenden Regierungsarbeit halte: „Verantwortung“ und „Moderation“. Besonders der Begriff **Moderation** findet inzwischen als Rollenattribut für die Kanzlerschaft zunehmende Verwendung. Oft verbinden sich damit jedoch nur unklare Vorstellungen.
- (5) Das Zitat ist einer Kritik entnommen, die ich zum Titelbeitrag (Aufmacher) *„Noch mal mit Gefühl“* in: DIE ZEIT 41/2005, 6.10.05, v. Bernd Ulrich, geschrieben habe. Die Kritik ist betitelt: *„Zuviel Gefühl an falscher Stelle“*. Damit beziehe ich mich auf etliche wenig geglückte (sprich: gründlich missglückte) Passagen im Beitrag von Herrn Ulrich. Der komplette Vorgang (einschließl. des Texts von B. Ulrich) ist dokumentiert unter *„Presse/Qualitätsmaßstab: DIE ZEIT-Titelbeitrag ‚Noch mal mit Gefühl‘“*, im Weblog unter <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=66>; im ZEIT-online-Leserforum sind die Kommentare ebenfalls wiedergegeben.

- (6) „*Erich Schröder, Erich Stiegler, Erich M. u.a.*“, v. 5.10.05, sowie „*Er-mächtigungskanzler*“, v. 3.10.05, sollen den verengten Blickwinkel der Akteure in der SPD (sowie den systematischen Stellenwert der Anmaßung von Macht in Bezug auf das politische Gemeinwesen) aufzeigen, eingestellt unter <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=65> / adagio.blogg.de/eintrag.php?id=64. Eine Kritik des fehlenden verfassungsrechtlichen Respekts der SPD-Führung enthält (deutlich im Vollzug und der Begründung des Vertrauensvotums vom 1. Juli 2005) der Beitrag „*Berlusconisierung der deutschen Politik*“ (s. unter <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=53>). **Der eingeschliffene Reflex aufseiten der SPD zur Anwendung bzw. maßlosen Verwendung sozialer Demagogie wird im Beitrag „*Von der Politik der ruhigen Hand zur Politik der leeren Hand*“ thematisiert** (siehe Weblog <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=52>). Die Bezeichnung „**Krawalliersdelikt**“ nimmt Bezug den Auftritt Schröders in der „Elefantenrunde“ am Abend nach der Wahl. Sein Verhalten wurde in Presse und Fernsehen verschiedentlich durchaus treffend als „krawallig“ bezeichnet. Einen sorgsam verfassten Beitrag steuert Dirk Kurbjuweit mit „*Putsch gegen die Wirklichkeit*“ in: DER SPIEGEL 39/2005, 26.9.05, zu diesem Thema bei, abrufbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,376500,00.html>). Vgl. außerdem im schon erwähnten Text „**Kanzlerduell und politische Vision**“ die Schlussabschnitte 8-12 (Seiten 10-11) und die zugehörigen Anmerkungen (s. <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=54>).
- (7) „*Wir vertreten das Bürgertum*“, WELT am SONNTAG, 2.10.05, Interview, geführt von Günther Lachmann, mit der neu gewählten Grünen-Fraktionsvorsitzenden Künast über Werte und Koalitionen.
- (8) In einer Schrift, die auch etlichen Grünen-Fraktionsmitgliedern, die nicht sozusagen „definitiv links festgelegt“ zu sein scheinen, zugegangen ist, betitelt: „*Kommt endlich raus aus den sozialdemokratischen Windeln*“ (9/05), spreche ich das Dilemma der Grünen an, sich durch linke Umklammerung selbst um ihre politischen Perspektiven zu bringen (adagio.blogg.de/eintrag.php?id=62).

Ein zweiter einschlägiger Beitrag: „*Ende der Krötenwanderung*“, nimmt das Thema vor dem Hintergrund der NRW-Wahlen im Mai auf (s. Weblog unter <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=43>).

- (9) Vgl. „*Realismus und Reform – Wahlentscheidung*“, 15.9.05; der Beitrag geht im direkten Vorfeld der Wahl der Frage nach den Wahlchancen einer Reformkoalition in Deutschland nach (s. adagio.blogg.de/eintrag.php?id=60). Vgl. „*Deutschland und seine ‚Entstaatlichkeit‘*“, 6.9.05; der Beitrag wirft einen Blick auf Schröders Begrifflichkeit in der Wahlkampfphase (s. unter <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=59>).
- (10) Vgl. die Glosse „*(stag)NATION DEUTSCHLAND*“, 03/2005, zur Frage der blockierten Mentalitäten in Deutschland in Politik und Öffentlichkeit in der Reformfrage, adagio.blogg.de/eintrag.php?id=39, u. *Textauszug* zum Thema Reformbedarf in Deutschland „*Innere Reformfähigkeit zweifelhaft*“, 08/03, adagio.blogg.de/eintrag.php?id=38; vgl. Robert J. Samuelson, „*Europa im Lebensabend*“, adagio.blogg.de/eintrag.php?id=37
- (11) Vgl. Schlussabsatz „*Politik mit Vision: Erneuerung*“, in: „*In der Krise etabliert sich neue Autorität*“, 28.9.05, adagio.blogg.de/eintrag.php?id=63, sowie die Ausführungen in: „*Kanzlerduell und politische Vision*“, 07/2005, adagio.blogg.de/eintrag.php?id=54; weiterführend: „*Der Merkel-Faktor*“, 27.8.05, adagio.blogg.de/eintrag.php?id=58, zum Verhältnis v. „**Systematik und Pragmatik**“ in der Politik.
- (12) Zu den Punkten: „**rationale Steuerung**“/„**Moderation**“ des politischen Entscheidungsprozesses, vgl. u.a. „**Rückkehr der Ratio in die Politik**“ und „*Kanzlerschaft – aber wie?*“, unter adagio.blogg.de/eintrag.php?id=57 bzw. adagio.blogg.de/eintrag.php?id=61
- (13) Ein deutliches Indiz für den Rückzug aus einer Politik, die sich den Realitäten stellen wollte, war der Angriff Münteferings auf den willkürlich herausgegriffenen „Sündenbock“ namens Hedgefonds, die er als Heuschrecken titulierte. Vgl.

hierzu die Glosse „**Don Müntes Selbstkarikatur**“, 19.4.05, im Weblog unter adagio.blogg.de/eintrag.php?id=40

(14) A. Merkel; *Frankf. Allgem. Zeitung*, Joh. Leithäuser: „*Begrenztes Platzangebot*“, 12.10.05

(15) Hans D. Barbier formuliert in seinem Beitrag „*Ach, Europa*“, in: *Frankf. Allgem. Zeitung*, 14.11.03, S. 15. einen zitierenswerten Satz, der gut auch der Politik einer Großen Koalition immer wieder als Maßstab dienen kann:
„*Es geht um das Abwägen der Wertigkeit von Gegenwart und Zukunft.*“

In anderer Aufteilung und ergänzt um einen „außenpolitischen Teil“ ist die Schrift als Teil 1 und 2 (ebenfalls betitelt: „**Neustart einer Regierung – gedankliche Schritte zum Erfolg**“, 15.10.05) auch unter folgenden Web-Adressen eingestellt:

<http://www.wadinet.de/news/dokus/Neustart-einer-Regierung-Teil-2.pdf>

<http://www.wadinet.de/news/dokus/Neustart-einer-Regierung-Teil-2.pdf>

Der (eben erwähnte) „**außenpolitische Teil**“ ist in überarbeiteter Version auch unter dem Titel: „**Ende der Flegeljahre in der deutschen Politik**“, 25.10.05 (18 S.), eingestellt:

<http://www.wadinet.de/news/dokus/Ende-der-Flegeljahre.pdf>

(vorab) Versionen auch unter

<http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=71> – innenpolitischer Teil

<http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=70> – außenpolitischer Teil